

Freiheit und Eigenverantwortung

Nur für jeden zweiten Deutschen vorrangig

Kaum 15 Jahre nach der Wiedervereinigung scheint bei den Bundesbürgern die Erinnerung daran, was Unfreiheit bedeutet, etwas zu verblasen. Laut einer Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach waren 2003 vier von zehn Deutschen der Meinung, Gleichheit gehe im Zweifel vor Freiheit. Im Jahr 1992 hatte nur jeder Dritte diesen Satz unterschrieben. Lediglich die Hälfte der Deutschen ist vom höheren Stellenwert der Freiheit überzeugt – ein bescheidener Wert, sind doch Freiheit und Eigenverantwortung tragende Pfeiler der marktwirtschaftlichen wie der demokratischen Ordnung in Deutschland. Hierauf weist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in einer neuen Studie hin. Zur Untermauerung dieser Aussage zitiert das IW auch eine Studie des kanadischen Fraser Institute. Danach wies die Gruppe derjenigen Länder mit der größten wirtschaftlichen Freiheit (z.B. Hongkong, USA, Schweiz) im Jahr 2002 im Schnitt ein kaufkraftbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner von mehr als 26.000 Dollar auf – die Länder mit dem niedrigsten Freiheitsgrad (z.B. Türkei, Russland, Algerien) kamen lediglich auf gut 2.800 Dollar. Zudem wuchs das Pro-Kopf-BIP in der erstgenannten Ländergruppe von 1993 bis 2002 im Jahresdurchschnitt um 2,4 Prozent; in den letztgenannten Ländern schrumpfte es dagegen um jährlich 0,5 Prozent. Dieser Zusammenhang erklärt womöglich einen Teil der deutschen Wachstumsschwäche, denn die Bundesrepublik findet sich im Freiheits-Ranking nur auf Platz 22 wieder. Der mäßige deutsche Rang rührt unter Umständen auch daher, dass viele Bundesbürger mitunter ein recht zwiespältiges Verhältnis zu wichtigen Fundamenten ihrer Wirtschaftsordnung pflegen und die Politik nur zögerlich mehr wirtschaftliche Freiheit einkehren lässt.

Bernd Meier: Freiheit und Eigenverantwortung – Empirische Befunde und ordnungspolitische Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, IW-Analysen Nr. 5, Köln 2004, 124 Seiten, 17,20 Euro. Bestellung über Fax: (02 21) 49 81-4 45 oder im Internet unter: www.divkoeIn.de

Gesprächspartner im IW: Dr. Bernd Meier, Telefon: (02 21) 49 81-7 81



Die Grundüberzeugung stimmt

Deutschlands Wirtschaftsordnung stützt sich vor allem auf die allgemeine Akzeptanz zweier Werte: Freiheit und, untrennbar damit verbunden, Eigenverantwortung. Im Großen und Ganzen herrscht darüber auch kein Zweifel, doch es knistert im Gebälk, wie verschiedene Meinungsumfragen zeigen. Die hehren Grundsätze sind schnell vergessen, wenn es konkret wird. So mögen die wenigsten Deutschen für den Umgang mit dem eigenen Körper gerade stehen: Eine stärkere private Beteiligung an der Finanzierung von Gesundheitsleistungen lehnt die Mehrheit ab. *)

„Freiheit, Freiheit ist das einzige, was zählt.“ Fast 15 Jahre ist es her, da sangen die Menschen in Deutschland inbrünstig Marius Müller-Westernhagens Wendehymne. Der Text sprach West- wie Ostdeutschen gleichermaßen aus der Seele. Doch die Erinnerung daran, was es bedeutet, unfrei zu sein, scheint etwas zu verblassen. Derzeit wären weit mehr Bundesbürger als damals bereit, zugunsten von Gleichheit Abstriche bei der Freiheit hinzunehmen:

Einer Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach zufolge waren 2003 vier von zehn Deutsche der Meinung, Gleichheit gehe im Zweifel vor Freiheit. Im Jahr 1992 unterschrieb nur jeder Dritte diesen Satz.

Immerhin ist heute wie damals rund die Hälfte der Deutschen vom höheren Stellenwert der Freiheit überzeugt, die übrigen konnten sich in ihrem Votum jeweils nicht so recht entscheiden. Vor dem Hintergrund, dass Freiheit und Ei-

genverantwortung tragende Pfeiler der marktwirtschaftlichen wie der demokratischen Ordnung in Deutschland sind, nimmt sich diese Zustimmungsquote dennoch bescheiden aus.

Eine internationale Vergleichsstudie des kanadischen Fraser Institutes untermauert den Zusammenhang. Sie belegt, dass Wohlstand ohne eine liberale Wirtschaftsordnung kaum zu haben ist. Genau 123 Staaten wurden zu diesem Zweck in fünf Sparten mit insgesamt 38 Einzelindikatoren auf Herz und Nieren geprüft. Zu den untersuchten und auf einer Skala von 1 bis 10 bewerteten Komplexen wirtschaftlicher Freiheit zählten dabei:

- die Größe des Sektors Staat, darunter Staatsausgaben, Subventionen, Transfers und Steuerpolitik,
- das Rechtssystem, insbesondere private Eigentumsrechte,
- Außenhandelsfreiheit,
- Preisstabilität und Zugang zu Fremdwährung sowie

– die Regulierungsdichte auf dem Kapitalmarkt, dem Arbeitsmarkt und im Bereich der Unternehmen.

Die Länder wurden anhand der im Economic Freedom Index erreichten Punktzahl in eine Reihenfolge gebracht und in fünf etwa gleich große Gruppen sortiert. Dabei zeigte sich: Je weniger paternalistisch sich der Staat gebärdet und je mehr Entfaltungsspielraum Unternehmen haben, desto besser geht es den Menschen im Land (Grafik):

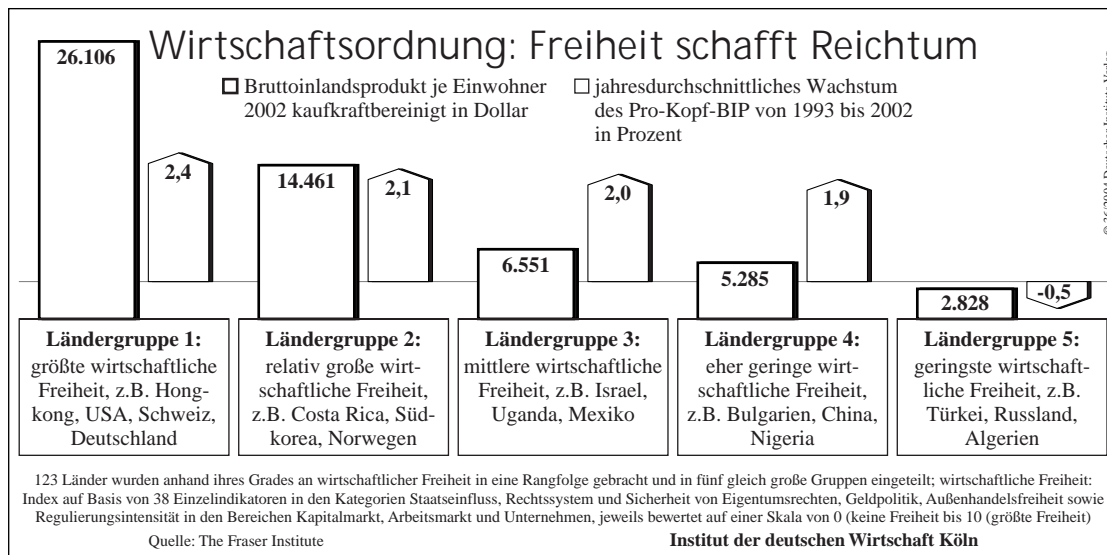
In der Ländergruppe mit der größten wirtschaftlichen Freiheit lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner im Jahr 2002 bei über 26.000 Dollar.

Um Kaufkraftunterschiede bereinigt sind das bereits rund 80 Prozent mehr, als die im Ranking folgende Ländergruppe mit noch relativ hohen Werten des Economic Freedom Index zu verzeichnen hatte. Die übrigen Nationen, in denen der Staat die Wirtschaft fest am Gängelband führt, hinken beim Pro-Kopf-BIP weit hinterher.

Verkürzen wird sich der Abstand wohl nicht so bald. Denn auch in puncto Wachstum präsentieren sich die Freiheitsschlusslichter wesentlich schlechter als die liberalen Staaten. Während die Top-Länder ihre Wirtschaftsleistung pro Kopf zwischen 1993 und 2002 im Jahresschnitt um 2,4 Prozent steigerten,

schrumpfte sie in der untersten Ländergruppe jährlich um 0,5 Prozent.

Dieser Zusammenhang erklärt womöglich auch einen Teil der deutschen Wachstumsschwäche. Denn die Bundesrepublik findet sich mit einem Indexwert von 7,3 Punkten nur auf Platz 22 wieder und damit gerade noch so eben in der ersten Ländergruppe.



Der Rückstand auf die Industrieländer mit den besten Werten – Hongkong, Singapur, Neuseeland, die Schweiz, Großbritannien und die USA – beträgt dabei rund einen Punkt. Die zehn schlechtesten Werte liegen allerdings deutlich tiefer – zwischen 5 Punkten für Russland und 2,5 Zählern für Myanmar.

Der mäßige deutsche Rang im Economic Freedom Index rührt unter Umständen auch daher, dass die Bundesbürger ein recht zwiespältiges Verhältnis zum Fundament ihrer Wirtschaftsordnung pflegen und die Politik daher nur zögerlich mehr wirtschaftliche Freiheit einkehren lässt.

Das Gros der Bevölkerung identifiziert sich im Prinzip durchaus mit den Werten Freiheit und Eigenverantwortung. Einer aktuellen Studie des Bundesverbands deutscher Banken zufolge hat in den vergangenen Jahren ein Bewusstseinswandel stattgefunden:

So plädierten in diesem Jahr 43 Prozent der Befragten für mehr Markt und 41 Prozent für mehr soziale Absicherung. Zehn Jahre zuvor wollte erst jeder Vierte mehr freien Wettbewerb, aber fast doppelt so viele wünschten einen Ausbau der Sozialsysteme.

Dass es Aufgabe jedes Einzelnen ist – und nicht des Staates –, den Wohlstand zu sichern, bejahten 61 Prozent der Umfrageteilnehmer – immerhin ein knappes Drittel mehr als 1994.

Etwas konträr zu diesem Statement steht jedoch, was die Allensbacher Demoskopien vergangenen Sommer im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ermittelten. Die Meinungsforscher fühlten 3.474 Menschen in Deutschland auf den Zahn, wie sympathisch ihnen verschiedene Begriffe sind. Größter Zustimmung erfreute sich dabei mit einer Sympathiequote von fast 92 Prozent die Sicherheit. Aber auch Eigenverantwortung kam mit knapp 86 Prozent auf Platz drei nicht schlecht weg. Risiko dagegen mochte gerade ein Drittel der Leute, obwohl genau das untrennbar mit der Übernahme von Verantwortung verbunden ist. Generell ist

Sozialstaat: Schwerer Stand für private Anbieter

So viel Prozent der befragten Deutschen waren der Meinung, in folgendem Bereich sollte/n zuständig sein ...

nur oder vor allem der Staat sowohl der Staat als auch private Kräfte nur oder vor allem private Kräfte

| | | | |
|---|----|----|----|
| Finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit | 66 | 31 | 3 |
| Finanzielle Absicherung bei Pflegebedürftigkeit | 47 | 50 | 3 |
| Finanzielle Absicherung im Krankheitsfall | 43 | 52 | 6 |
| Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen | 42 | 49 | 9 |
| Finanzielle Absicherung im Alter | 40 | 53 | 6 |
| Betreuung von Vorschulkindern | 40 | 47 | 14 |
| Finanzielle Absicherung der Familien | 34 | 55 | 11 |
| Betreuung und Hilfe für kranke Menschen | 34 | 60 | 7 |
| Betreuung und Hilfe für Pflegebedürftige | 34 | 59 | 8 |
| Betreuung und Hilfe für alte Menschen | 32 | 60 | 8 |
| Betreuung von Schulkindern am Nachmittag | 28 | 49 | 23 |

Befragung von rund 21.000 Personen ab 16 Jahren im Jahr 2002; private Kräfte: marktwirtschaftliche Unternehmen, Organisationen, Verbände oder einzelne Bürger

Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 3/2004 Deutscher Industrie-Verlag

festzustellen, dass manches in den Ohren der Bundesbürger anscheinend positiver klingt als anderes, obwohl ähnliche Sachverhalte bezeichnet werden:

Über 83 Prozent der Befragten fanden Selbstständigkeit gut, immerhin 63 Prozent begrüßten unternehmerische Freiheit. Unternehmensgewinne stießen dagegen gerade bei der Hälfte auf Sympathie.

Eine Untersuchung im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ergab, dass viele Deutsche der Fürsorge des Staates mehr vertrauen als ihren eigenen Kräften. Vermeintliche Sozialstaatsaufgaben mögen die wenigsten – meist unter 10 Prozent – allein in die Hände privater Anbieter geben (Grafik):

Rund 66 Prozent der Menschen zwischen Stralsund und Konstanz sind der Ansicht, die Arbeitslosenversicherung sei eine öffentliche Aufgabe – nur 3 Prozent erkennen hier eine Marktlücke für private Kräfte.

Dieses Urteil ist durchaus nachvollziehbar, denn Arbeitslosigkeit gilt als klassisches Sozialrisiko, ebenso wie Krankheit und Alter. Der Staat solle denjenigen, die davon betroffen sind, ein gutes Auskommen ermöglichen. Das sagten 2000 rund 85 Prozent der Westdeutschen und 93 Prozent der Ostdeutschen – 5 bzw. 6 Prozentpunkte weni-

ger als 1991. Eigentlich ist diese Tendenz ein Zeichen dafür, dass die Anspruchshaltung – ausgehend von ihrem hohen Niveau – leicht abgenommen hat.

Dass aber laut SOEP vier von zehn Bundesbürgern glauben, der Staat sei für die Beschaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen zuständig, rüttelt geradezu an den Grundfesten der Marktwirtschaft.

Die Diskrepanz zwischen bestimmten politischen Forderungen und dem grundsätzlichen Bekenntnis zur liberalen Wirtschaftsordnung mag manchen gar nicht bewusst sein. Anders sind die Widersprüche in verschiedenen Umfragen kaum zu erklären.

Besonders deutlich kommen die beiden Seelen in der Brust der Bundesbürger beim Thema Gesundheitssystem zum Vorschein. Im Begriffstest der Allensbacher Demoskopien schnitt kein Schlagwort so miserabel ab wie „Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten“. Nur jedem sechsten Befragten war diese Idee sympathisch – trotz des grundsätzlichen Plädoyers für Eigenverantwortung. Dies ist ein Indiz dafür, dass es eben weniger an der Überzeugung fehlt, als an – verständlichen, nachvollziehbaren und verlässlichen – Informationen über politische Reformen.

*) Vgl. Bernd Meier: Freiheit und Eigenverantwortung – Empirische Befunde und ordnungspolitische Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, IW-Analysen Nr. 5, Köln 2004, 124 Seiten, 17,20 Euro. Bestellung über Fax: (02 21) 49 81-4 45 oder via Internet: www.divkoeeln.de